

PRO NRW-Ratsgruppe

Humboldtstraße 2a

51379 Leverkusen

27. September 2016

Herrn Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Per E-Mail:

Hans-Guenter.Pohlmann@stadt.leverkusen.de
michael-molitor@stadt.leverkusen.de.

Per Telefax: 0214 / 406-88 82

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien:

Pilotprojekt – Stadtweite Rufnummer für bedrängte Flüchtlinge

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadt Leverkusen richtet umgehend eine zentrale Rufnummer für bedrängte Flüchtlinge ein. Die Nummer wird allen Flüchtlingen in den entsprechenden Leverkusener Einrichtungen bekanntgegeben. So wird eine städtische und kompetente Anlaufstation geschaffen. Diese nimmt entsprechende Anliegen der Flüchtlinge entgegen, versucht zu helfen und leitet die entsprechende Information an die jeweiligen Stellen weiter, zum Beispiel auch an die Polizei. Über den Deutschen Städtetag informiert die Stadt Leverkusen auch andere Kommunen in der Bundesrepublik über dieses Pilotprojekt.

Begründung

Die große Mehrzahl der Flüchtlinge sind sunnitische oder schiitische Muslime. Aleviten, Christen, Jesiden, Anders- oder Ungläubige stellen eine deutliche Minderheit dar. Diese gerät laut der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) immer wieder durch radikale Gruppen unter Druck, wenn sie die Regeln des Islam (zum Beispiel Essenszeiten im Ramadan oder Gebetszeiten) nicht einhalten oder sich durch das Tragen eines Kreuzes öffentlich zur christlichen Religion bekennen.

Viele Asylbewerber trauen sich nicht, die Polizei anzurufen beziehungsweise begeben sich dadurch in eine gefährlichere Situation, wenn dies bekannt wird. Bisweilen befinden sich in den Unterkünften auch radikale Muslime unter dem Sicherheitspersonal oder auch unter den Helfern vor Ort. Kleinere Differenzen können gegebenenfalls ebenfalls durch diese städtische Anlaufstelle, zum Beispiel durch Mediation, behoben werden. Größere eventuell durch eine Verlegung von Flüchtlingen.



Markus Beisicht

PRO NRW-Ratsgruppe